

Interpellation Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB/Lea Bill, JA!): „Stadtkanton Bern“

Der Gemeinderat schreibt in seiner Strategie 2020 aus dem Jahr 2009: „Bis ins Jahr 2020 bildet der Grossraum Bern einen eigenen Stadtkanton“.

Mit den letzten kantonalen Abstimmungen hat dieses Thema wieder an Aktualität gewonnen. Dies aus folgendem Grund: es kommt oft vor, dass bei kantonalen Abstimmungen die Stadt Bern (z.T. inklusive Agglomerationsgemeinden) vom restlichen Kanton überstimmt wird und so die Stadtberner Stimmbevölkerung von ihr gewollte Vorlagen nicht umsetzen kann.

Hierzu einige Beispiele:

- Mühlebergabstimmung 2011; Kanton: 51.2% Ja / Stadt: 65.3% Nein
- Initiative „Zämä läbä, zämä stimme“ 2010; Kanton: 72.3% Nein / Stadt: 51% Ja
- Ecotax Volksvorschlag 2012; Kanton: 53.8% Ja / Stadt: 70.4% Nein

Auch aus wirtschaftlichen Gründen würde ein Stadtkanton, bestehend aus dem Grossraum Bern, einen Vorteil bringen, wie aus verschiedenen Plattformen und Berichten entnommen werden kann.

Darum bittet die GB/JA!-Fraktion um Antworten zu folgenden Fragen:

1. Ist der Gemeinderat weiterhin bestrebt, einen Stadtkanton Bern zu gründen?
2. Betreibt der Gemeinderat neben „Hauptstadtregion Bern“ und „Bern neu gründen“ weitere Anstrengungen, dieses Ziel zu erreichen?
3. Hat der Gemeinderat Zwischenziele auf dem Weg zum Stadtkanton formuliert?
4. Inwiefern ist Bern aus Sicht des Gemeinderates in den vergangenen drei Jahren dem strategischen Ziel eines Stadtkantons näher gekommen?

Bern, 1. November 2012

Interpellation Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB/Lea Bill, JA!): Hasim Sancar, Stéphanie Penher, Rahel Ruch

Antwort des Gemeinderats

Die Gemeinde- und Kantonsgrenzen entsprechen nicht mehr der gelebten Wirklichkeit. Die funktionalen Grenzen, insbesondere in den Kernstädten und Agglomerationen, haben sich verschoben. Aus diesen Gründen hat der Gemeinderat in der Strategie Bern 2020 die provokative Idee eines Stadtkantons lanciert, der den Grossraum Bern umfasst. In erster Linie geht es dem Gemeinderat darum, den Grossraum Bern zu stärken. Auf Verwaltungsebene kann dieses Ziel mit verschiedenen Instrumenten wie der Regionalkonferenz Bern-Mittelland und dem Verein Hauptstadtregion Schweiz oder - in letzter Konsequenz - mit der Bildung eines Stadtkantons vorangetrieben werden.

Es ist klar, dass die heutigen Herausforderungen nicht mehr innerhalb der Gemeindegrenzen angegangen werden können. Es braucht neue Zusammenarbeitsformen und allenfalls Gebietsreformen. Mit der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) hat seit dem 1. Januar 2010 eine Körperschaft ihre Tätigkeit aufgenommen, welche die Zusammenarbeit von 96 Regionsgemeinden in verschiedenen Themenbereichen regelt. Mit diesem Gefäss können die

Gemeinden verbindlich über regionale Fragen entscheiden - im Verkehr, in der Raumplanung, der Kultur, der Regionalpolitik, der Wirtschaft oder im Bereich Soziales. Als Zentrum der Region nimmt die Stadt innerhalb der RKBM eine besondere Stellung ein.

Auch die Hauptstadtregion Schweiz (HSRS) ist zentral für die Weiterentwicklung des Grossraums Bern. Ziel des Vereins ist neben der angemessenen Berücksichtigung der HSRS im Raumkonzept Schweiz vor allem eine intensivere Zusammenarbeit der verschiedenen Kantone und Städte der HSRS. Der Verein HSRS streicht ferner die Bedeutung Berns als nationales Politzentrum heraus. Von dieser Stärkung des Politzentrums Bern profitiert nicht nur die Stadt, sondern der ganze Grossraum Bern.

Neben neuen Zusammenarbeitsformen ist dem Gemeinderat auch der Austausch mit den Stadtberner Grossrätinnen und Grossräten wichtig. Jeweils vor Beginn der Session lädt er diese zu einem Treffen ein. An diesen Treffen werden die für die Stadt Bern relevanten Themen der folgenden Session besprochen, und der Gemeinderat erläutert seine Haltung dazu. Ziel dieser Treffen ist, städtische Anliegen auf kantonaler Ebene besser einbringen zu können und somit auch den Grossraum Bern zu stärken. Weiter arbeitet die Stadt Bern eng mit ihren Nachbargemeinden zusammen, beispielsweise im Bereich Verkehr.

Trotz diesen Anstrengungen bricht der Stadt-Land-Graben immer wieder auf. Verschiedenorts scheint die Solidarität zwischen Kantonen, Gemeinden, ländlichen und städtischen Gebieten gefährdet. Doch ohne Solidarität funktioniert das föderale System der Schweiz nicht. Diesen Solidaritätsgedanken gilt es deshalb in Zukunft zu stärken. Es muss allen im Kanton Bern bewusst werden, dass ein Grossteil der Wirtschaftsleistung des Kantons und somit des Wohlstands in den städtischen Gebieten erwirtschaftet wird. Und ebenso, dass die Stadt ohne das ländliche Umland für viele Bewohnerinnen und Bewohner nur halb so attraktiv wäre.

Zu Frage 1:

Für den Gemeinderat hat die Idee eines Stadtkantons aus den oben genannten Gründen momentan keine Priorität.

Zu Frage 2:

Mit dem Verein Hauptstadtregion Schweiz verfolgt der Gemeinderat unter anderem die Ziele, Bern als Politzentrum zu positionieren und die Zusammenarbeit innerhalb der Hauptstadtregion zu intensivieren. Die private Initiative „Bern neu gründen“ hat sich zum Ziel gesetzt mitzuhelfen, der Stadtregion Bern eine stärkere Identität mit einer grossen nationalen und internationalen Ausstrahlung zu geben. Sie will gemeinsam mit der Bevölkerung aus Stadt und Agglomeration, mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur die Stadtregion Bern als Zentrum der [Hauptstadtregion Schweiz](#) nachhaltig stärken. Der Gemeinderat unterstützt diese private Initiative. Wie im Antworttext erwähnt, werden weitere Anstrengungen unternommen, um den Grossraum Bern zu stärken.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat hat keine Zwischenziele auf dem Weg zu einem Stadtkanton formuliert, da dieser nur eine Möglichkeit darstellt, wie der Grossraum Bern gestärkt werden könnte. Derzeit werden wie oben beschrieben andere Instrumente zur Stärkung des Grossraums Bern eingesetzt.

Zu Frage 4:

Bern ist dem Ziel eines Stadtkantons nicht näher gekommen. Das oberste strategische Ziel hingegen, die Stärkung der Grossregion Bern und eine bessere Vernetzung innerhalb der Region, verfolgt er weiter und wird dies auch in Zukunft tun.

Bern, 13. Februar 2013

Der Gemeinderat